

 **Aus der eaf Arbeit**

● **EKD-eaf-SI Fachtagung in Eisenach erörtert Familienbild der Kirchen**

In der evangelischen Kirche überwiegen häufig noch überkommene Auffassungen von Ehe und Familie. Zu dieser Einschätzung kamen die Teilnehmer einer Fachtagung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), die am Freitag in Eisenach zu Ende ging. Das patriarchalische Familienbild mit Schöpfungsgeschichte und Scheidungsverbot „erinnert an Effi Briest und Noras Puppenheim“, sagte Oberkirchenrätin Cornelia Coenen-Marx vom Kirchenamt der EKD. „Diese Ordnungstheologie trägt für die meisten nicht mehr.“ Auf der bundesweiten Fachtagung berieten rund 80 Teilnehmer von Kirchen und Wohlfahrtsverbänden sowie von Beratungs- und Bildungseinrichtungen über den „Auftrag Familie: Familien stärken in evangelischer Perspektive“. In der vor drei Jahren begonnenen Diskussion über ein Positionspapier zur kirchlichen Familienpolitik innerhalb der EKD und in Untersuchungen des Sozialwissenschaftlichen Instituts in drei Landeskirchen seien zahlreiche Ansätze deutlich geworden, die unterschiedlichste Formen von Familie berücksichtigen, sagte Coenen-Marx. Deshalb seien zur kirchlichen Familienarbeit eine „Neuaufstellung und Definition der Ziele“ auf EKD-Ebene „dringend erforderlich“. Die langjährige Vorsitzende der Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Familienfragen, Ute Gerhard, betonte, das häufig noch vertretene Familienbild einer EKD-Denkschrift von 1952 sei „heute einfach nicht mehr lebbar“. Grundlegende Forderungen wie Gerechtigkeit in den Familien sowie Rechte von Kindern und Frauen blieben in den traditionellen Auffassungen unberücksichtigt. Nach Einschätzung von Aktionsgemeinschafts-Präsidentin Christel Riemann-Hanewinkel wird von den evangelischen Kirchen „nicht genug dafür“ getan, dass alte Rollenbilder sich verändern. Dagegen plädierte der sächsische Landesbischof Jochen Bohl für das klassische Familienbild. Die Trauung am Anfang einer ehelichen Gemeinschaft zielt auf Verlässlichkeit, Verbindlichkeit und Vertrauen. „Die Ehe ist aus christlicher Sicht der Versuch, das niemals garantierbare Glück einer Beziehung zwischen Mann und Frau in all seiner Angreifbarkeit zu mehren und zu schützen.“ Eine Kirche, die Menschen traut, habe auch die Aufgabe, „Ehen durch schwierige Zeiten hindurch zu tragen und die Familien zu fördern“.

Quelle: mit freundlicher Genehmigung von epd Nr. 25 | 03. Februar 2012 Zentralausgabe

Das Impulsreferat von OKR Cornelia Coenen-Marx auf dieser Tagung „Das Thema Familie - Entwicklungen und Perspektiven“ können Sie hier finden: http://www.ekd.de/si/download/Familien_EISENACH_CCM.pdf

● **Expertengespräch zum Unterhaltsrecht**

Am 1. Februar führte die eaf mit 25 Experten und Expertinnen ein Fachgespräch über die Wirkungen des 2008 reformierten Unterhaltsrechts durch. Dabei berichteten Juristen und Juristinnen (aus Richter- und Anwaltschaft) über die Rechtspraxis der letzten vier Jahre nach Inkrafttreten der Neuregelungen und analysierten die Rechtsprechung des BGH.

Intensiv wurden die Folgen für die Mütter, die in der Regel nach der Trennung die Kinder betreuen und Betreuungsunterhalt bekommen, in den Blick genommen und gesellschaftliche Entwicklungen

in diesem Kontext diskutiert. Der Widerstreit des Unterhaltsrechts mit den Rahmenbedingungen und der Infrastruktur für die Betreuung von Kindern war ebenfalls Thema sowie der Paradigmenwechsel in Blick auf Solidarität in Ehe und Familie.

- **Fachausschuss 1 „Sozialpolitik und Recht“**

Der Fachausschuss wertete in seiner Sitzung am 2. Februar das Expertengespräch zum Unterhaltsrecht aus und besprach Folgerungen für die weitere familienpolitische Arbeit.

Zudem berichtete Helga Schulz über den Rentendialog der CDU, bei dem sie Positionen des Rentenmodells der eaf vorstellte.

Mehr dazu: http://www.eaf-bund.de/fileadmin/user_upload/Projekte/Modell_zur_Alterssicherung_Flyer.pdf

PM der eaf vom 16. Februar 2012:

Partnermonate beim Elterngeld ausweiten – Kitaplätze bereit stellen http://www.eaf-bund.de/fileadmin/user_upload/Pressemitteilungen/PM_2012/PM_Elterngeld_120216.pdf

- **Präsidium**

Das Präsidium hat in seiner Sitzung am 28. Februar über den Haushalt der eaf und die Planung der Jahrestagung am 26./27. September in Münster beraten. Außerdem war die weitere Planung der Zusammenarbeit mit der BAG Familienbildung ein zentrales Thema.

Tagungen und Veranstaltungen

- **Workshop: Computerspiele selbst erleben! am 20. März 2012, Hamburg**

Eltern und pädagogische Fachkräfte wissen oft nicht, was ihre Kinder und Jugendlichen spielen und wie die virtuelle Spielwelt aussieht. Dieser medienpädagogische Workshop von spielbar.de, dem Internetangebot der bpb zum Thema Computerspiele, bietet eine grundlegende Einführung in das Themenfeld.

<http://www.bpb.de/veranstaltungen/22M3PR>

- Am 19.-20. April 2012 findet in Mainz die **erste bundesweite Fachtagung des BBE zum bürgerschaftlichen Engagement in Kindertagesstätten** statt

http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2012/01/Flyer_KITA_2012_final.pdf.

Mitveranstalter ist das Land Rheinland-Pfalz gemeinsam mit Caritas, Diakonie und der Bertelsmann Stiftung. Eine Anmeldung ist möglich unter http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2012/01/Flyer_KITA_2012_Anmeldekarte.pdf.

- **Welche (Evangelische) Erwachsenenbildung braucht die Zivilgesellschaft heute? Grundlagen und Erfahrungen**

Deutsche Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (DEAE e.V.) Comenius-Institut e. V., 4. Werkstatt kritische Bildungstheorie, 21.–23. März 2012 in Bad Alexandersbad

Das 50jährige Bestehen der Deutschen Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (DEAE) im Jahr 2011 nehmen wir in der 4. Werkstatt Kritische Bildungstheorie zum Anlass und zum Ausgangspunkt dafür, den „Frei- und Zwischenraum“ der Werkstatt zu nutzen, um über die Erwachsenenbildung – insbesondere über ihre Evangelische Ausprägungsform – im heutigen politischen

Kontext der Zivilgesellschaft und ihrer Stärkung gründlich und kritisch nach- und weiter zu denken. Und wie bereits in den ersten drei Treffen nehmen wir dabei Traditionslinien kritischer Bildungstheorie auf und verschränken sie mit aktuellen bildungstheoretischen und -praktischen Aufgaben und Fragestellungen.

Programm und Anmeldung über:

Deutsche Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung e.V. (DEAE)

Heinrich-Hoffmann-Str. 3, 60528 Frankfurt, Tel.: 069/678 69 668-307, Fax: -311

www.deae.de

- **Fortbildung der EKFUL zu „Psychosoziale Beratung und Begleitung bei Pränataldiagnostik“** vom 19. bis 21. März 2012 in Stein bei Nürnberg

In dieser Fortbildung werden den Beratungsfachkräften Grundkenntnisse zu Beratung und Begleitung bei PND in den Bereichen Recht, Medizin, Ethik und Methodik vermittelt.

Programm und Anmeldung http://www.ekful.de/fileadmin/EKFUL/DATA//DOCUMENTS/VERANSTALTUNGEN/PND-Fortbildung%202012_Programmflyer_2012-01-26.pdf

- **„Gefährlich für immer?“ Ambulante Täterarbeit mit sexuell übergriffigen Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen** am 22. März in Gießen

Kooperationspartner: LIEBIGneun Beratungsstelle für sexuell übergriffige Jungen und Mädchen,

Programm und Anmeldung hier: http://dgfpi.de/tl_files/pdf/Fachtagungen202012/2012-01-12_DGFPI_Fachtagung_Giessen.pdf-12_

- **Ohne Bildung keine Teilhabe – 79. Deutscher Fürsorgetag vom 8.-10. Mai 2012 in Hannover**

Bildung ist Voraussetzung für Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und ist somit prägend für die soziale Realität. Sie eröffnet Chancen, von denen noch zu viele Menschen ausgeschlossen sind – nicht willentlich aber deutlich sichtbar. In der Konsequenz muss sie daher auch Ziel des sozialen Handelns sein. Ein Grund, um als Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. das Motto „Ohne Bildung keine Teilhabe – von der frühen Kindheit bis ins hohe Alter“ für den 79. Deutschen Fürsorgetag zu wählen. Vom 8. bis 10. Mai 2012 treffen sich 2.000 Expertinnen und Experten aus ganz Deutschland und Europa um in drei Symposien, vierzig Workshops und Fachvorträgen zu diskutieren. Ziel des europaweit größten deutschsprachigen Kongresses des Sozialen ist es, wieder wegweisende Impulse zur Lösung gesellschaftlicher und sozialer Herausforderungen zu setzen.

<http://www.deutscher-fuersorgetag.de/>

- **Vorankündigung: DWEKD und eaf planen am 3. Mai 2012 ein Fachgespräch zum 8. Familienbericht in Kassel.** Im Mittelpunkt der Tagung stehen Kirche und Diakonie als familienfreundliche Arbeitgeberinnen.

Familienpolitische Entwicklungen

- **Das Bundesfamilienministerium weist Berichte über angebliche Elterngeld-Kürzung als falsch zurück**

Der Sprecher des BMFSFJ Dr. Christoph Steegmans erklärt zu einer Vorab-Meldung der Wochenzeitung „DIE ZEIT“ vom 8. Februar 2012: „Die Meldung der Wochenzeitung ‚DIE ZEIT‘ über eine angeblich geplante Kürzung des Elterngeldes durch das BMFSFJ ist falsch. Es gibt im Bundesfamilienministerium keine Pläne, das Elterngeld zu kürzen. Das Bundesfamilienministerium hat immer

deutlich gemacht, dass das Betreuungsgeld nicht aus dem bestehenden Etatvolumen finanziert werden kann. Alle weiteren Fragen, die das Bundesfinanzministerium betreffen, müssen vom Bundesfinanzministerium beantwortet werden.“

Quelle: BMFSFJ Pressemitteilung Nr. 15/2012

Veröffentlicht am 08. Februar 2012

● **5 Jahre Elterngeld - Neue Studie belegt Erfolg des Elterngeldes**

Junge Eltern schätzen das Elterngeld - und das zu Recht. Fünf Jahre nach Einführung des Elterngelds zum Jahresanfang 2007 wird der gefühlte Erfolg nun durch eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) wissenschaftlich bestätigt: Das Elterngeld hat dazu geführt, dass die Erwerbsbeteiligung von Müttern im zweiten Lebensjahr des Kindes gestiegen ist. Es hat die Väterbeteiligung an der Kinderbetreuung gestärkt und verbessert insgesamt die Alterssicherung von Müttern. Damit entfaltet das Gesetz die ihm zugedachte Wirkung.[...]

97 Prozent der Familien nutzen das Elterngeld. Gut ein Viertel der Väter beziehen heute Elterngeld (25,7 Prozent im 3. Quartal 2010). In einigen Bundesländern wie Bayern, Sachsen, Berlin und Thüringen hat die Väterbeteiligung die 30-Prozent-Marke bereits deutlich überschritten. Dies belegen die aktuellen Zahlen des Statistischen Bundesamtes. Damit setzt sich der Trend hin zu einer stärkeren Beteiligung von Vätern an der Kinderbetreuung weiter fort. 2008 lag die Väterbeteiligung noch bei 21 Prozent; das 2007 durch das Elterngeld abgelöste Erziehungsgeld bezogen nur 3,5 Prozent der Väter.

Die neue Untersuchung des DIW Berlin zeigt, dass das Elterngeld Chancen für Mütter aller Einkommensgruppen schafft, sich gemeinsam mit dem Partner Zeit für die Kinderbetreuung zu nehmen ohne den Anschluss im Beruf zu verlieren. Ein solcher Schonraum existierte vor 2007 faktisch nur für Mütter und Kinder mit geringeren Einkommen. Durch die Einführung des Elterngeldes profitieren nun auch Kinder von Müttern mit höherem Einkommen von der engen Betreuung durch Mutter oder Vater.

Zunehmend nutzen auch Väter das Elterngeld und erleichtern ihren Partnerinnen eine frühere Rückkehr in die Erwerbstätigkeit. Mütter, deren Partner in Elternzeit ist, haben eine mehr als doppelt so hohe Erwerbsquote (36 Prozent) wie Mütter, deren Partner (gerade) nicht in Elternzeit ist (17 Prozent). Insgesamt ist aufgrund des Elterngeldes der Anteil der Frauen, die im zweiten Lebensjahr ihres Kindes eine Erwerbstätigkeit aufnehmen, um rund 4 Prozent (3,6 Prozent) gestiegen. Das Elterngeld erreicht damit sein Ziel, dass sich mehr Mütter eine dauerhafte eigene wirtschaftliche Existenz sichern können. Eine kürzere Erwerbsunterbrechung führt im Lebensverlauf zu längeren Erwerbsbiographien und damit zu höheren Einkommen, zu besseren Karrierechancen und insgesamt einer besseren Alterssicherung.

Weitere Informationen finden Sie unter www.bmfsfj.de.

Quelle: BMFSFJ Internetredaktion, Pressemitteilung Nr. 21/2012, Veröffentlicht am 27. Februar 2012

- Staatsministerin Maria Böhmer: „**Der Zweite Integrationsindikatorenbericht** zeigt maßgebliche Fortschritte bei der Integration. In zentralen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens hat sich die Teilhabe der 16 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund verbessert.“

Der Bericht untersucht den Stand und den Verlauf der Integration in Deutschland von 2005 bis 2010. Er enthält Zahlen und Analysen zum Beispiel zu den Bereichen frühkindliche Bildung, Bildung, Ausbildung und Arbeitsmarktintegration.

Untersucht wurden auch die interkulturelle Öffnung von Verwaltung und Gesundheitsdiensten sowie Fragen der sozialen Integration und der wirtschaftlichen Lebenssituation von Menschen mit Migrationshintergrund. „Wir wollen wissen, was wir erreicht haben und wo wir noch besser werden müssen. Einen entscheidenden Beitrag hierzu leistet der heute vorgelegte Indikatorenbericht. Er ist ein wichtiges wissenschaftliches Messinstrument“, betonte Böhmer.

Der Bericht zeigt positive Trends bei Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund: Der Anteil der Jugendlichen mit Migrationshintergrund ohne Schulabschluss ging um 15 Prozent zurück.

Des Weiteren wird deutlich, dass der Anteil der Personen ohne Schulabschluss in der zweiten Generation erheblich geringer ist (2010: 2,8 Prozent) als in der ersten Generation (5,7 Prozent) und fast eine Angleichung an die Gesamtbevölkerung (2,3 Prozent) stattgefunden hat.

Weiterführende Analysen lassen darüber hinaus darauf schließen, dass nicht der Migrationshintergrund über die schulische Entwicklung entscheidet. Der wesentliche Faktor ist vielmehr die soziale Herkunft der Schüler. Ferner ist von erheblicher Bedeutung, ob die Umgangssprache in der Familie Deutsch ist. „Die Eltern müssen ihrer Verantwortung gerecht werden. Wir müssen sie aber auch stärker in die Bildungsarbeit einbinden“, so die Staatsministerin.

Staatsministerin Böhmer betonte, dass trotz positiver Entwicklungen die Anstrengungen im Ausbildungsbereich weiterhin verstärkt werden müssten, denn mit einer Ausbildungsbeteiligungsquote von 13,1 Prozent bei den 15- bis unter 25-Jährigen nehmen junge Migrantinnen und Migranten im Vergleich zur Gesamtbevölkerung (16 Prozent) immer noch seltener an einer Berufsausbildung teil.

Gleichzeitig nahm aber der Anteil der (ausländischen) Jugendlichen zu, die eine allgemeinbildende Schule mit der (Fach-)Hochschulreife verlassen (plus 28 Prozent gegenüber 2005).

Auch für den Arbeitsmarkt sind positive Trends zu beobachten: Die Erwerbslosenquote bei Migrantinnen und Migranten sank deutlich von 18,1 Prozent im Jahr 2005 auf 11,8 Prozent im Jahr 2010. Sie lag damit aber immer noch deutlich über jener der Gesamtbevölkerung. Ein Problem ist die bisher häufig fehlende Anerkennung von im Ausland erworbenen beruflichen Qualifikationen und Abschlüssen. Die Staatsministerin bekräftigte hierzu: „Das kürzlich verabschiedete Anerkennungsgesetz bringt hier einen entscheidenden Fortschritt. Es ist ein Meilenstein der Integration.“

Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung verwies darauf, dass im öffentlichen Dienst Migranten noch immer unterrepräsentiert seien. Positive Entwicklungen gibt es zwar im pädagogischen Bereich: Der Anteil von Ausländern am Fachpersonal in Kindergärten und Grundschulen (plus 21 Prozent), weiterführenden Schulen (plus 27 Prozent) und Hochschulen (plus 8 Prozent) hat sich deutlich erhöht. Da dies aber eine Ausnahme ist, forderte die Staatsministerin: „Auch der öffentliche Dienst muss die Vielfalt unserer Gesellschaft abbilden. Wir benötigen mehr Beschäftigte mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst als Brückenbauer.“ Daher habe die Bundesregierung eine Werbekampagne für mehr Migranten im öffentlichen Dienst gestartet.

Böhmer zog aus dem Bericht das Fazit: „Das Ziel der gleichen Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund ist in vielen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens zwar noch nicht erreicht. Wir dürfen daher mit unseren Anstrengungen nicht nachlassen. Die Entwicklung geht aber klar in die richtige Richtung. Das zeigen vor allem die Ergebnisse für in Deutschland geborene Menschen mit Migrationshintergrund.“

http://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/2012/01/2012-01-12-integrationsbericht.pdf?__blob=publicationFile

Quelle: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Donnerstag, 12. Januar 2012

● **Rassismus, Diskriminierung und gesetzliche Ausgrenzung thematisieren**

Anlässlich des Integrationsgipfels im Kanzleramt betonen der Interkulturelle Rat in Deutschland, der Verband binationaler Familien und Partnerschaften und PRO ASYL:

Bei Integrationsgipfeln werden stets die vermeintlichen Defizite von Migrantinnen und Migranten thematisiert. Zentrale Integrationshemmnisse wie der in bürgerlichen Schichten weit verbreitete Rassismus sowie die Ausgrenzung und Diskriminierung von Flüchtlingen und Migranten per Gesetz werden kaum angesprochen. Darüber ist in Deutschland eine Debatte erforderlich.

Rassistische, antisemitische, antimuslimische und andere menschenverachtende Einstellungen sind in der Mitte der Gesellschaft weit verbreitet. Dies liefert Rassisten und Rechtsextremen eine scheinbare Legitimation für ihr Handeln und verhindert Integration.

Flüchtlinge, Migrantinnen und Migranten werden in Deutschland durch eine Vielzahl von Gesetzen

und Verordnungen strukturell ausgegrenzt.

Einige Beispiele:

- Unabhängig von ihrer Aufenthaltsdauer sind viele Flüchtlinge, Migrantinnen und Migranten von der politischen Willensbildung durch Wahlen ausgeschlossen;
- Flüchtlinge, Geduldete und Asylbewerber unterliegen Sondergesetzen, die ihre Bewegungsfreiheit, den Zugang zum Arbeitsmarkt, zu Bildungsinstitutionen und zur medizinischen Versorgung einschränken;
- Flüchtlingen, Migrantinnen und Migranten wird in Deutschland das Recht auf Familiennachzug und Herstellung der Familieneinheit beschnitten.

Erforderlich sind eine Politik der Gleichstellung und die Beendigung der Ausgrenzung per Gesetz. Integration braucht gleiche Teilhabechancen.

Der fünfte Integrationsgipfel sollte die Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung und die gesetzliche Ausgrenzung von Flüchtlingen, Migrantinnen und Migranten auf die Tagesordnung setzen. Es müssen endlich die Integrationshindernisse angegangen werden, die von der Bundesregierung selbst und der Mehrheitsgesellschaft zu verantworten sind.

Quelle: PM der iaf am 30. Januar 2012

Hiltrud Stöcker-Zafari, Bundesgeschäftsführerin, Tel.: 069 / 713756 -12, Mail: stoecker-zafari@verband-binationaler.de

• **Bundesministerien begrüßen Einigung bei den Mutter-/Vater-Kind-Maßnahmen**

Am 7. Februar haben der GKV-Spitzenverband (GKV-SV), das Müttergenesungswerk (MGW) und der Bundesverband Deutscher Privatkliniken (BDPK) in einer gemeinsamen Erklärung eine überarbeitete Fassung der Begutachtungs-Richtlinie Vorsorge und Rehabilitation sowie entsprechende Umsetzungsempfehlungen des GKV-SV, der Verbände der Krankenkassen auf Bundesebene und des Medizinischen Dienstes des GKV-SV (MDS) veröffentlicht. [...]

Gesetzlich Krankenversicherte haben einen Anspruch auf medizinische Rehabilitations- und Vorsorgeleistungen. Die Voraussetzungen insbesondere für die Bewilligung solcher Maßnahmen, aber auch Inhalte und Ziele dieser Leistungen werden in der Begutachtungs-Richtlinie konkretisiert. Um im Sinne der Versicherten eine transparentere und einheitliche Bewilligungspraxis zu ermöglichen, ist die Richtlinie überarbeitet worden.

Die Begutachtungsrichtlinie und die Empfehlungen finden Sie unter: www.gkv-spitzenverband.de
Quelle: Pressemitteilung des Bundesministeriums für Gesundheit vom 7. Februar 2012

• **Kinderkommission begrüßt Anlaufstelle für grenzüberschreitende Kindschaftskonflikte**

Jedes Jahr werden mehrere hundert Kinder in Folge ungelöster familiärer Konflikte aus und nach Deutschland entzogen. Entziehende/r ist in aller Regel ein Elternteil. Betroffene Eltern berichten, dass sie sich mit ihren Problemen vielfach überfordert, allein gelassen und nicht immer ausreichend beraten fühlen. In ihrer verständlichen Verzweiflung wenden sie sich an viele unterschiedliche Stellen in der Hoffnung, so schneller oder besser Hilfe zu erhalten.

Auch für Fachleute bedeuten Kindesentziehungen in das Ausland eine große Herausforderung. Sprachliche Probleme, andere Wertvorstellungen, die Geltung unterschiedlichen Rechts und ähnliches sind zu berücksichtigende Größen.

Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages hat bereits im Jahr 2009 die Forderung nach der Einrichtung einer Zentralen Anlaufstelle mit Lotsenfunktion, die Eltern bei Kindesentziehungsfällen beratend und unterstützend zur Seite stehen soll, aufgestellt.

Sie begrüßt es deshalb außerordentlich, dass nach einem nunmehr zweijährigen Diskussions- und Entwicklungsprozess der wichtige Schritt zur Einrichtung der Zentralen Anlaufstelle für grenzüberschreitende Kindschaftskonflikte unternommen wurde und diese nun ihre Arbeit aufnehmen kann.

Am 1. Januar 2012 nahm die beim Internationalen Sozialdienst angesiedelte Zentrale Anlaufstelle für grenzüberschreitende Kindschaftskonflikte ihre Arbeit auf, mit der auch die Aufgabe einer „Zentralen Anlaufstelle für Mediation gemäß den Malta-Prinzipien“ verbunden ist.

Sie ist nun für betroffene Eltern unter der Telefonnummer +49 (0)30-62 980 403 und im Internet unter der Adresse erreichbar: <http://www.zank.de/website/index.php>

Quelle: Pressemitteilung des Deutschen Bundestages vom 6. Januar 2012

Zahlen, Daten, Fakten

• **Kinder unter drei Jahren mit Migrationshintergrund seltener in Kindertagesbetreuung**

Kinder unter drei Jahren mit Migrationshintergrund werden deutlich seltener in einer Kindertageseinrichtung oder durch eine Tagesmutter beziehungsweise einen Tagesvater betreut als Kinder ohne Migrationshintergrund. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) mitteilt, lag bundesweit die Betreuungsquote der unter dreijährigen Kinder mit Migrationshintergrund zum Stichtag 1. März 2011 bei lediglich 14 Prozent. Bei den gleichaltrigen Kindern ohne Migrationshintergrund war sie mit 30 Prozent mehr als doppelt so hoch. Die Betreuungsquote misst den Anteil der Kinder in Kindertagesbetreuung bezogen auf alle Kinder in der jeweiligen Bevölkerung. Bei Kindern unter drei Jahren lag sie in Deutschland insgesamt bei etwas über 25 Prozent.

Einem Kind wird in den Statistiken der Kindertagesbetreuung dann ein Migrationshintergrund zugeschrieben, wenn mindestens ein Elternteil ausländischer Herkunft ist, das heißt Mutter und/oder Vater aus dem Ausland stammen. Die Staatsangehörigkeit der Eltern oder des Kindes spielt dabei keine Rolle.

Im Alter von drei bis fünf Jahren lag die Betreuungsquote von Kindern mit Migrationshintergrund mit 85 Prozent ebenfalls deutlich unter der Quote von Kindern ohne Migrationshintergrund (97 Prozent). Die durchschnittliche Betreuungsquote aller Kinder in dieser Altersgruppe lag bei 93 Prozent.

Bei einem Vergleich mit den beiden Vorjahren zeigt sich, dass bei den unter Dreijährigen die Betreuungsquote gestiegen ist, sowohl bei Kindern mit Migrationshintergrund (+ 3 Prozentpunkte) als auch bei Kindern ohne Migrationshintergrund (+ 5 Prozentpunkte). Die Betreuungsquote bei Kindern zwischen drei und fünf Jahren ist zwischen 2009 und 2011 weitgehend konstant geblieben.

Eine Tabelle bietet die Online-Fassung dieser Pressemitteilung unter www.destatis.de.

Methodischer Hinweis: Die Anzahl der Kinder mit und ohne Migrationshintergrund in Deutschland wurde für die vorliegende Darstellung durch die Auswertung von Mikrozensus und Bevölkerungsstatistik nach der Abgrenzung der Statistiken der Kindertagesbetreuung („mindestens ein Elternteil ist ausländischer Herkunft“) ermittelt. Diese Abgrenzung unterscheidet sich geringfügig von der im Mikrozensus verwendeten, da dort eine noch detailliertere Befragung der Auskunftpflichtigen möglich ist. Deshalb ist ein Vergleich mit anderen Ergebnissen zum Migrationshintergrund nicht möglich.

Ergebnisse zu einzelnen Bundesländern für Kinder mit und ohne Migrationshintergrund in Kindertagesbetreuung sind abrufbar unter www.destatis.de.

Quelle: Statistisches Bundesamt vom 2. Februar 2012

• **Über 660 Lokale Bündnisse setzen sich in ihrer Kommune für Familien ein. Mehr als 13.000 Akteurinnen und Akteure, darunter über 5.000 Unternehmen, beteiligen sich**

Die über 660 Lokalen Bündnisse für Familie setzen sich in ihrer Kommune für die Familien ein. Zusammen mit Unternehmen, Jobcentern, Kammern, der kommunalen Verwaltung, Wohlfahrtsverbänden und gesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren haben sie schon Tausende Projekte initiiert, die Eltern eine bessere Zeiteinteilung ermöglichen. Die Lokalen Bündnisse beraten unter anderem Unternehmen zum Thema Familienorientierung, so dass Eltern zu flexiblen Arbeitszeiten oder

ortsunabhängig arbeiten können. Sie koordinieren Kinderbetreuungsangebote, damit Kinder auch früh morgens, am Nachmittag, in den Ferien oder in Notfällen gut und verlässlich aufgehoben sind.

Die Lokalen Bündnisse sensibilisieren mit Aktivitäten alle Betroffenen vor Ort für das Thema Zeit als zentralen Faktor für das Wohlergehen von Familien. Damit unterstützen sie Eltern und Kinder und verschaffen den Kommunen und der Wirtschaft vor Ort handfeste Vorteile, da der Standort für Arbeitgeber und Beschäftigte attraktiver wird.

Auf der Impulsveranstaltung diskutieren rund 260 Vertreterinnen und Vertreter aus Lokalen Bündnissen gemeinsam mit Expertinnen und Experten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft neue Ideen, wie Familien mehr Spielräume bei der Gestaltung ihrer Zeit erhalten. Zu den Rednerinnen und Rednern gehörten auch Dr. Hans-Peter Klös, Institut der deutschen Wirtschaft Köln, Mitglied der Sachverständigenkommission zum 8. Familienbericht, und Dr. Dietlind Tiemann, Oberbürgermeisterin der Stadt Brandenburg an der Havel und Schirmherrin des Lokalen Bündnisses in der Stadt.

Das Thema Zeit steht auch im Mittelpunkt des bundesweiten Aktionstages der Lokalen Bündnisse, der alljährlich am 15. Mai, dem Internationalen Tag der Familie, stattfindet.

HINTERGRUND

Die Initiative „Lokale Bündnisse für Familie“ wurde Anfang 2004 vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ins Leben gerufen.

Derzeit engagieren sich mehr als 13.000 Akteurinnen und Akteure, darunter über 5.000 Unternehmen, in rund 5.200 Projekten. 663 Lokale Bündnisse sind in der Initiative bereits aktiv (Stand 31.01.2012). In den Kreisen, Städten und Gemeinden mit einem Lokalen Bündnis leben rund 56 Millionen Menschen. Das Bundesfamilienministerium hat eine Servicestelle eingerichtet, die den Aufbau und die Weiterentwicklung der Lokalen Bündnisse bundesweit koordiniert und unterstützt. Die Servicestelle wird aus Mitteln des Bundesfamilienministeriums und des Europäischen Sozialfonds finanziert.

Weitere Informationen: <http://www.lokale-buendnisse-fuer-familie.de>

Quelle: BMFSFJ Internetredaktion, Pressemitteilung Nr. 12/2012, veröffentlicht am 03. Februar 2012

● **Kinder zu haben ist wieder „in“**

Allensbach-Umfrage für das FORUM FAMILIE STARK MACHEN

Für viele ist ein Leben mit Kindern wieder angesagt. Das zeigt eine bevölkerungsrepräsentative Allensbacher Umfrage im Auftrag des FORUM FAMILIE STARK MACHEN. Fast die Hälfte der deutschen Bevölkerung (48 Prozent) hatte dabei in November und Dezember 2011 den Eindruck, es sei „in“, Kinder zu haben. Nur 30 Prozent fanden es „out“. 22 Prozent wollten sich nicht festlegen.

Das war nicht immer so. Mitte der achtziger Jahre lag der „in“-Wert im Westen bei nur 33 bis 41 Prozent. Deutlich mehr Befragte urteilten: „out“. Zwar waren die Geburtenraten damals noch vergleichsweise hoch. Doch Kinder zu haben galt bereits damals als nicht besonders „cool.“

Um das Wendejahr 1990 veränderte sich das Klima zumindest in Westdeutschland für einige Jahre. Dort nahmen nun bis zu 60 Prozent gesellschaftliche Zustimmung für junge Mütter und Väter wahr. In diesem Zeitraum wurden viele aus den geburtenstarken Jahrgängen selbst Eltern. Danach nahm die Akzeptanz allerdings schnell wieder ab. Den absoluten Tiefpunkt markiert das Jahr 2006. Damals sagten nur noch 31 Prozent: „Kinder zu haben ist ‚in‘“, während 46 Prozent mit „out“ antworteten.

In den letzten Jahren hat sich die Stimmung jedoch wieder spürbar verbessert. Das betrifft besonders Ostdeutschland, wo die Geburtenrate nach der Wiedervereinigung zunächst tief eingebrochen war. Ende 2011 nahmen dort nun sogar 57 Prozent der Bevölkerung das Kinder-Haben als trendy wahr, in Westdeutschland immerhin 46 Prozent.

„Die Zahlen machen Hoffnung, dass sich wieder mehr junge Leute für eigene Kinder entschließen. Kinder sind eine Quelle der Freude und machen unsere Gesellschaft bunt und liebenswert“, so Prof.

Dr. Hubertus Brantzen, Initiator des FORUMs FAMILIE STARK MACHEN.

Auch Hausmänner liegen übrigens im Trend. 51 Prozent der Befragten fanden es Ende 2011 „in“, wenn der Vater zu Hause bei den Kindern bleibt und sich auch um den Haushalt kümmert. Lediglich 28 Prozent hatten den Eindruck, das sei „out“.

Weitere Presseinformationen und Infografiken unter www.familie-stark-machen.de.

FORUM FAMILIE STARK MACHEN e.V. ist ein überparteilicher und überkonfessioneller Zusammenschluss von Menschen, die die Zukunft der Familien- und Generationenbeziehungen aktiv gestalten wollen. Das derzeit von der Öffentlichkeit geprägte Image von Familie als Problemfall soll verbessert werden: Familie ist vor allem eine Leistung ihrer angehörigen Mitglieder, ihrer Haltung und Fähigkeit, Beziehungen zu gestalten. Die Familie als Ort der Sinnstiftung und des Lebensglücks. Das FORUM FAMILIE STARK MACHEN will mit verschiedenen Maßnahmen und Projekten die Verständigung über die Kultur von Familien- und Generationenbeziehungen in der Öffentlichkeit fördern und vertiefen.

Kontakt: SCRIPT Corporate + Public Communication GmbH

E-Mail: b.hackl@script-com.de, vom 25. Januar 2012

Themen, die weiter zu beobachten sind

• **Deutscher Juristinnenbund: Kritik an SPD-Vorschlag zur Neuregelung der elterlichen Sorge**

Die SPD will den Jugendämtern die Möglichkeit eröffnen, zur Klärung der Sorge bei nicht-ehelichen Kindern die Familiengerichte ohne Antrag eines Elternteils einzuschalten. Nach Auffassung des Deutschen Juristinnenbundes (djb) ist der Versuch, ein gemeinsames Sorgerecht auch gegen den Willen der Eltern zu erreichen, von vorneherein zum Scheitern verurteilt. [...]

Die Bundestagsfraktion der SPD stellte am 7. Februar 2012 ihren Entwurf zur Neuregelung der elterlichen Sorge nicht verheirateter Eltern vor. In Abgrenzung zu den bisher von den politischen Parteien vertretenen Lösungsansätzen und der vom djb im September 2010 vorgestellten Differenzierten Widerspruchslösung (http://www.djb.de/Kom/K2/pm10-24GE_Sorgerecht/) setzt der Vorschlag der SPD auf eine zwingende behördliche Vermittlung, die dem familiengerichtlichen Sorgerechtsverfahren vorgeschaltet ist. So sollen Eltern bereits bei der Geburtsmeldung vor dem Standesbeamten die Möglichkeit haben, eine gemeinsame Sorgeerklärung abzugeben. Haben sich die Eltern zu diesem Zeitpunkt noch nicht über die elterliche Sorge geeinigt, wird das Jugendamt beteiligt und wirkt auf eine einvernehmliche Lösung hin. Scheitert dies, soll das Jugendamt berechtigt sein, den Fall dem Familiengericht zur Entscheidung vorzulegen. Insoweit unterscheidet sich der SPD-Vorschlag von den bisherigen Lösungsansätzen: Eine familiengerichtliche Entscheidung könnte durch das Jugendamt ohne Antrag eines Elternteils erwirkt werden.

Dies sieht der djb äußerst kritisch. Die alleinige oder gemeinsame Ausübung der elterlichen Sorge fällt in den persönlichen Verantwortungsbereich der Eltern, in den bislang nur im Fall einer Kindeswohlgefährdung i.S.v. § 1666 BGB eingegriffen werden kann. Der Fall, dass sich die Mutter weigert, die Sorge gemeinsam mit dem Vater auszuüben, erfordert kein staatliches Handeln. Die bisherige Aufgabentrennung in Kindschaftssachen sollte beibehalten werden: Den Jugendämtern obliegt die außergerichtliche Aufklärung, Beratung und Vermittlung zwischen den Eltern; die Familiengerichte werden mit Ausnahme der Kindeswohlgefährdung nur auf Antrag eines Elternteils tätig.

Der djb begrüßt hingegen, dass der SPD-Entwurf von „elterlicher Verantwortung“ und nicht mehr „elterlicher Sorge“ spricht. In dieser Wortwahl kommen das elterliche Entscheidungsrecht einerseits und die Pflicht zur Wahrnehmung elterlicher Verantwortung andererseits zum Ausdruck. Der Begriff entspricht zudem dem modernen europäischen Rechtsverständnis und der Sprachregelung neuerer internationaler Verträge.

Quelle: Pressemitteilung des Deutschen Juristinnenbundes vom 16. Februar 2012

● **Institut für Menschenrechte: Kritik an Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention**

Das Deutsche Institut für Menschenrechte übt schwere Kritik an der Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland. Der Institutsmitarbeiter Hendrik Cremer begrüßte zwar am 8. Februar vor dem Familienausschuss, dass Deutschland die bei der Ratifizierung abgegebene Vorbehaltserklärung im Juli 2010 zurückgezogen hat. Allerdings werde die Konvention von staatlicher Seite noch immer nicht umgesetzt. „In der Praxis hat sich nach der Rücknahme der Vorbehalte nichts geändert“, sagte Cremer. Er kenne keinen Bereich, wo Gesetze so häufig gebrochen werden wie im Falle der Kinderrechte. Konkret forderte Cremer vor allem Nachbesserungen für Kinder im deutschen Asyl- und Aufenthaltsrecht. Gemäß der UN-Konvention seien alle Menschen bis zum Erreichen der Volljährigkeit als Kinder anzusehen, auch 16- bis 17-jährige Jugendliche. Doch gerade diese würden von den deutschen Behörden allzu oft wie Erwachsene behandelt.

Deutschland hatte mit seiner Vorbehaltserklärung ursprünglich ausländerrechtlichen Bestimmungen einen Vorrang vor bestimmten Bereichen der Konvention eingeräumt. Im Mai 2010 hatten Bundestag und Bundesrat dann beschlossen, diese zurückzunehmen.

Besonders gravierend gestalten sich nach den Ausführungen Cremers die Probleme bei unbegleiteten Flüchtlingskindern, das heißt Kindern, die ohne ihre Eltern oder andere volljährige Familienmitglieder nach Deutschland kommen. Es stehe im klaren Widerspruch zu Artikel 20 der UN-Konvention, wenn diese in Sammel- und Massenunterkünften untergebracht werden. Gemäß der Konvention seien unbegleitete Kinder prinzipiell in Obhut zu nehmen, in einer Pflegefamilie oder einer anderen kindesgemäßen Unterkunft unterzubringen. Ebenso dürften Kinder nicht an der Grenze zurückgewiesen werden. Nachholbedarf sieht Cremer auch in der Rechtsprechung. Die Urteile zum Umgang mit Flüchtlingskindern fielen immer wieder sehr unterschiedlich aus. Dies zeige, dass es „große Unsicherheiten“ bei den Juristen im Umgang mit den völkerrechtlichen Menschenrechtsverträgen gibt. nach Cremers Einschätzung ist dies eine Folge des unzureichenden Stellenwertes der Menschenrechte in der juristischen Ausbildung in Deutschland.

Den Einwand der CDU/CSU-Fraktion, bei der Umsetzung der UN-Konvention seien in erster Linie die Bundesländer und Kommunen gefragt und die Änderung von Gesetzen allein bringe keine Verbesserungen, wollte Cremer nicht gelten lassen. Es gebe zwar durchaus Unterschiede zwischen den Ländern, aber die gesetzlichen Rahmenbedingungen des Bundes reichten einfach nicht aus. Das Völkerrecht nehme zudem aus gutem Grund keine Rücksicht auf die föderale Ordnung der Bundesrepublik. Auch Länder und Kommunen seien an die völkerrechtlich bindende UN-Kinderrechtskonvention gebunden. Und der Bund habe Sorge zu tragen, dass dies umgesetzt werde.

Unterstützung bekam Cremer von Seiten der Oppositionsfraktionen. Die Konvention sei „kein Ausdruck des guten Herzens, sondern ein Menschenrechtsvertrag“, den es einzuhalten gelte, hieß es aus den Reihen der Sozialdemokraten. Die Linke verwies auf entsprechende Anträge der Opposition, die alle an der Koalitionsmehrheit gescheitert seien. Bündnis 90/Die Grünen hielten der Union entgegen, sie habe noch immer nicht den Charakter der Konvention verstanden. Dies sei nicht „vom guten Willen der Bundesländer abhängig“.

Quelle: heute im bundestag vom 8. Februar 2012

● **Adoption durch Paare in eingetragenen Lebenspartnerschaften**

Ob Menschen in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft das adoptierte Kind ihres Partners ebenfalls adoptieren dürfen, wird derzeit geprüft. Von Bedeutung werde auch der Ausgang zweier beim Bundesverfassungsgericht anhängiger Verfahren sein, teilt die Bundesregierung in ihrer Antwort ([17/8248](#)) auf eine Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ([17/4112](#)) mit. Das Bürgerliche Gesetzbuch sieht die Möglichkeit vor, ein von dem Ehepartner adoptiertes Kind zu adoptieren. Das Lebenspartnerschaftsgesetz sehe diese Möglichkeit für Schwule und Lesben bisher nicht vor. Das „Europäische Abkommen über die Adoption von Kindern“ vom Herbst 2008 überlasse den Staaten die Entscheidung, in einer stabilen Partnerschaft zusammenlebenden, homosexuellen Paaren die Adoption eines Kindes zu ermöglichen.

Quelle: hib vom 6. Januar 2012

- **Pflege: DGB, AWO und Co. fordern grundlegende Pflegereform**

Dem „Bündnis für gute Pflege“ gehen die Pläne der Bundesregierung nicht weit genug. Die Verbände fordern eine grundlegende Verbesserung für Pflegebedürftige und Pflegenden. Der Pflegeberuf müsse wieder aufgewertet werden. Der Mindestlohn verstärke lediglich den Trend zur Billigpflege.

Gegen die Pflegepläne der Bundesregierung machen Gewerkschaften, Sozialverbände und Verbraucherschützer mobil. Mit einem am Dienstag gegründeten „Bündnis für gute Pflege“ wollen die Verbände Druck auf die Regierung ausüben, um grundlegende Verbesserungen für Pflegebedürftige und Pflegenden zu erreichen.

Die Regierungspläne bleiben aus Sicht des Bündnisses weit hinter den Erfordernissen zurück. Dem Bündnis gehören unter anderem der DGB, die Arbeiterwohlfahrt (AWO), der Paritätische, der Sozialverband Deutschland (SoVD) und der Verbraucherzentrale Bundesverband an.

MENSCHENWÜRDIGE PFLEGE

SoVD-Präsident Adolf Bauer nannte die Lage in der Pflege „Spitz auf Knopf“. 2,4 Millionen Menschen seien als pflegebedürftig anerkannt, Schätzungen gingen für 2030 von 3,4 Millionen aus. Die von der Bundesregierung geplante Neuausrichtung der Pflegeversicherung sei „kein großer Wurf“, beklagte der Präsident des Sozialverbandes Deutschland, Adolf Bauer. Er kritisierte zudem Verzögerungen bei der Pflegereform: 2011 sei zum „Jahr der Pflege“ ausgerufen worden, jetzt solle die Reform Mitte 2012 kommen. „Gute Pflege ist ein Menschenrecht“, betonte Bauer. Man werde es der Bundesregierung nicht durchgehen lassen, wenn sie grundlegende Weichenstellungen scheue.

Das Bündnis werde bis zur Bundestagswahl 2013 auf den drängenden Handlungsbedarf und den verhängnisvollen Stillstand hinweisen. DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach kritisierte, der Anspruch auf eine menschenwürdige Pflege werde heute vielfach nicht erfüllt. Oft sei die Personaldecke zu knapp. Hinzu komme eine schlechte Bezahlung und eine enorme Arbeitsbelastung für die Pflegenden.

BEREITSCHAFT ZU HÖHEREN BEITRÄGEN

Der Pflegeberuf müsse aufgewertet werden. Dazu sei eine tarifliche Bezahlung notwendig. Die Regierung forcieren hingegen mit der Anlehnung an den Mindestlohn den Trend zur Billigpflege. Der Mindestlohn liegt seit Jahresbeginn bei 8,75 Euro je Stunde im Westen und 7,75 Euro im Osten. Buntenbach sagte, dass es in einigen Regionen auch Löhne von 12 bis 13 Euro je Stunde gebe.

AWO-Vorstandsmitglied Brigitte Döcker verwies darauf, dass die Menschen zu höheren Beiträgen bereit seien, wenn eine hochwertige Pflege bei den Bedürftigen auch nachweislich ankomme. Die Bundesregierung plant den Pflegebeitragssatz um 0,1 Prozentpunkte zu erhöhen, was 1,1 Milliarden Euro zusätzlich bringen soll. Die Verbände halten das für unzureichend und forderten ferner, die Einnahmen durch eine Bürgerversicherung und eine höhere Beitragsbemessungsgrenze zu steigern. Das ist jene Einkommensgrenze, bis zu der Beiträge höchstens erhoben werden. In der Pflegeversicherung liegt sie seit Jahresbeginn bei 3.835 Euro Monatsbrutto. Döcker brachte hier die Rentenversicherung ins Gespräch, bei der die Grenze im Westen bei 5.600 Euro und im Osten bei 4.800 Euro liegt. (dapd)

Quelle: 15.02.2012 | <http://www.derwesten.de/gesundheit/dgb-awo-und-co-fordern-grundlegende-pflegereform-id6350338.html>

- **„Familienbewusste Arbeitszeitorganisation der Zukunft“**

Bundesfamilienministerin und Arbeitgeberpräsident betonen Vorteile für Beschäftigte und Unternehmen

[...] Bei der Tagung „Familienbewusste Arbeitszeitorganisation der Zukunft“ im Haus der Deutschen Wirtschaft in Berlin diskutierten Vertreterinnen und Vertreter von Arbeitgeberverbänden und Forschungsinstituten (u. a. Hauptverband des Deutschen Einzelhandels, Bundesarbeitgeberverband Chemie, Gesamtmetall) über aktuelle und künftige Herausforderungen einer familienbewussten Arbeitszeitorganisation.

Praktiker aus Unternehmen wie der Deutschen Bank, Trumpf und der Globus SB-Warenhaus Holding stellten ihre Lösungen für innovative Arbeitszeitmodelle und Betriebsvereinbarungen vor und beantworteten Fragen zur praktischen Umsetzung.

Zusätzlich wurden innovative Lösungskonzepte für eine moderne Arbeitszeitgestaltung präsentiert, die ausgewählte Unternehmen gemeinsam mit dem Bundesfamilienministerium bei den „Dialogkreisen Arbeitszeitkultur“ des Ministeriums im vergangenen Jahr erarbeitet hatten. Die gemeinsam vom Bundesfamilienministerium und der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände organisierte Tagung ist Teil der Umsetzung der „Charta für familienbewusste Arbeitszeiten“. Mit der Charta haben sich Politik und Wirtschaft im Februar 2011 zu einem gemeinsamen Engagement für familienbewusste Arbeitszeiten verpflichtet.

Die Initiative „Familienbewusste Arbeitszeiten“ ist Teil des Unternehmensprogramms „Erfolgsfaktor Familie“, das das Bundesfamilienministerium in Kooperation mit Wirtschaftsverbänden (Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Deutscher Industrie- und Handelskammertag, Zentralverband des Deutschen Handwerks) und dem Deutschen Gewerkschaftsbund durchführt. Ziel ist es, Familienfreundlichkeit zu einem Markenzeichen der deutschen Wirtschaft zu machen. Im gleichnamigen Unternehmensnetzwerk sind bereits rund 3.900 Arbeitgeber aus ganz Deutschland Mitglied. Weitere Informationen zum Unternehmensprogramm, zur „Datenbank der Guten Beispiele“ mit 150 Kurzinterviews mit Arbeitgebern und Beschäftigten sowie die Broschüre „Familienbewusste Arbeitszeiten - Herausforderungen und Lösungsansätze aus der Unternehmenspraxis“ finden Sie unter www.erfolgsfaktor-familie.de.

Quelle: Pressemitteilung BMFSFJ Nr. 17/2012, veröffentlicht am 10. Februar 2012

<http://newsletter.erfolgsfaktor-familie.de/index.php?id=16&email=0#tc182>

- **Deutscher Ethikrat: Intersexuelle Menschen anerkennen, unterstützen und vor gesellschaftlicher Diskriminierung schützen**

Der Deutsche Ethikrat stellt am 23. Februar 2012 in Berlin seine im Auftrag der Bundesregierung erarbeitete Stellungnahme zur Situation intersexueller Menschen vor. Er ist der Auffassung, dass intersexuelle Menschen als Teil gesellschaftlicher Vielfalt Respekt und Unterstützung der Gesellschaft erfahren müssen. Zudem müssen sie vor medizinischen Fehlentwicklungen und Diskriminierung in der Gesellschaft geschützt werden.

Im Mittelpunkt der Diskussionen stand immer wieder die Frage, ob chirurgische Eingriffe an den Geschlechtsorganen von Menschen mit Besonderheiten der geschlechtlichen Entwicklung (DSD – differences of sex development) und insbesondere bei betroffenen Kleinkindern überhaupt zulässig sein sollten. [...]

Der Ethikrat ist zudem der Auffassung, dass ein nicht zu rechtfertigender Eingriff in das Persönlichkeitsrecht und das Recht auf Gleichbehandlung vorliegt, wenn Menschen, die sich aufgrund ihrer körperlichen Konstitution weder dem Geschlecht „weiblich“ noch „männlich“ zuordnen können, rechtlich gezwungen werden, sich im Personenstandsregister einer dieser Kategorien zuzuordnen. Es sollte daher geregelt werden, dass von diesen Personen neben der Eintragung als „weiblich“ oder „männlich“ auch „anderes“ gewählt werden kann bzw. dass kein Eintrag erfolgen muss, bis die betroffene Person sich selbst entschieden hat. Um Personen, die im Personenstandsregister als „anderes“ eingetragen sind, die Möglichkeit einer Beziehung zu eröffnen, die staatlich anerkannt und rechtlich geregelt von Verantwortung und Verlässlichkeit geprägt ist, schlägt der Ethikrat mehrheitlich vor, Menschen mit dem Geschlechtseintrag „anderes“ die eingetragene Lebenspartnerschaft zu ermöglichen. Ein Teil des Ethikrates plädiert darüber hinaus dafür, ihnen auch die Möglichkeit der Eheschließung zu eröffnen. Als Grundlage für künftige Entscheidungen des Gesetzgebers sollte geprüft werden, ob eine Eintragung des Geschlechts im Personenstandsregister überhaupt noch notwendig ist.

Der Begriff Intersexualität bezieht sich auf Menschen, die sich aufgrund körperlicher Besonderheiten nicht eindeutig als „männlich“ oder „weiblich“ einordnen lassen. Er wird in der Öffentlichkeit für unterschiedliche Besonderheiten der geschlechtlichen Entwicklung verwendet. Teilweise werden auch

Menschen darunter gefasst, die sich selbst nicht als intersexuell verstehen und sich sogar gegen diesen Begriff verwahren. Der Ethikrat verwendet daher in seiner Stellungnahme DSD (differences of sex development) als medizinischen Oberbegriff für alle Besonderheiten der geschlechtlichen Entwicklung. Die Unterschiede zwischen den einzelnen Formen von DSD bringen jeweils besondere Probleme und Bedürfnisse der Betroffenen mit sich. Sie erfordern eine differenzierte ethische und rechtliche Bewertung. [...] Die Stellungnahme ist abrufbar unter www.ethikrat.org.

Pressekontakt: Ulrike Florian

Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Deutscher Ethikrat Jägerstrasse 22/23, 10117 Berlin

Tel: +49 (0)30 203 70-246 Fax: +49 (0)30 203 70-252

Quelle: PRESSEMITTEILUNG 01/2012 Deutscher Ethikrat, Berlin, den 23. Februar 2012

• **bke legt Memorandum zur Zukunft der Erziehungs- und Familienberatung vor**

Die Bundeskonferenz für Erziehungsberatung (bke) hat unter dem Titel „Familie und Beratung“ ein Memorandum zur Zukunft der Erziehungsberatung vorgelegt. In der datenreichen Veröffentlichung zeichnet die bke Entwicklungen nach, die die Situation von Familien heute und damit das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen prägen. Die gesellschaftliche Lage von Familien bestimmt den Unterstützungsbedarf, den die Kinder- und Jugendhilfe und insbesondere die Erziehungs- und Familienberatung befriedigen muss.

Das Memorandum beschreibt deshalb die vielfältigen Leistungen, mit denen die Beratungsstellen auf diese Bedarfe reagieren von der Diagnostik über die Beratung von Familien mit Säuglingen und Kleinkindern bis hin zum Kinderschutz durch „insofern erfahrene Fachkräfte“. Erziehungsberatung wird dabei im Kontext der Hilfen zur Erziehung gesehen. Deren kluge Steuerung wird angemahnt.

Wirksame Unterstützung für Familien kann nur geleistet werden, wenn die Qualität von Beratung gewährleistet ist und kontinuierlich weiterentwickelt werden kann. Zugleich muss Beratung – gerade angesichts deutlich steigender Inanspruchnahme – auch quantitativ in ausreichendem Maße zur Verfügung gestellt werden. Das Memorandum begründet den dringend notwendigen personellen Ausbau der Erziehungs- und Familienberatung.

Das Memorandum stellt aktuelle Hintergründe, Daten und fachliche Empfehlungen zusammen, die für die örtliche fachpolitische Diskussion zur Zukunft der Erziehungs- und Familienberatung erforderlich sind.

Die 76-seitige Broschüre kann nur direkt bei der bke zum Selbstkostenpreis – auch in größeren Stückzahlen – bezogen werden. Nähere Informationen unter <http://www.bke.de/?SID=035-5F1-40F-1E4>.

Quelle: Presseinformation der Bundeskonferenz für Erziehungsberatung e.V. vom Februar 2012

Nützliche Informationen

• **Nachhaltig mobil - Informationen für Familien**

Das von Bundesumweltministerium und Umweltbundesamt geförderte Projekt des ökologischen Verkehrsclubs VCD „Mit Kindern unterwegs“ hatte zum Ziel, Eltern zu motivieren, Wege häufiger zu Fuß, per Rad, Bus und Bahn zurückzulegen. Dafür braucht es gute Mobilitätsangebote. Um Kommunen und Verkehrsunternehmen für die Bedürfnisse von Kindern und Familien zu sensibilisieren, wurde eine Checkliste erarbeitet, die die wichtigsten Aspekte für eine kinder- und familienfreundliche Mobilität übersichtlich zusammenstellt. Die Checkliste möchte Kommunen und Verkehrsunternehmen unterstützen, die sich des Themas »Kinder- und familienfreundliche Mobilitätsangebote« neu annehmen möchten, sie möchte aber auch Kommunen und Verkehrsunternehmen, die diesbezüglich bereits sehr engagiert sind, in ihrem Vorgehen bestätigen und weitere Anregungen geben:

So soll dieser Katalog einerseits dazu dienen, den bisherigen Stand kinder- und familienfreundlicher Mobilitätsangebote vor Ort zu erheben, er kann andererseits aber auch der Planung zugrunde gelegt und für eine Erfolgskontrolle genutzt werden.

Die Checkliste ist Teil des Forderungspapiers von VCD und Deutschem Familienverband, das sich an die politischen Entscheidungsträger auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene richtet. Ziel ist es, die Rahmenbedingungen des Verkehrs kinder- und familienfreundlich zu gestalten.

Mehr Informationen: <http://www.vcd.org/>

Quelle: http://www.vcd.org/vcd_familienseite.html, gesehen am 22. Februar 2012, 15:48 Uhr.

- **Extremismus: Schulen sollen aufklären**

Die SPD-Bildungspolitikerin Eva-Maria Stange appelliert an die Kultusminister der Länder, an den Schulen intensiver über den aktuellen Rechtsextremismus aufzuklären. „Nach der Aufdeckung der Mordserie der Zwickauer Neonazi-Zelle muss die Kultusministerkonferenz (KMK) das Thema dringend auf die Tagesordnung setzen“, sagte die Vorsitzende der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft für Bildung der Nachrichtenagentur dpa. „Die Minister müssen überprüfen, ob in den einzelnen Ländern Schulen und Lehrer ausreichend darauf vorbereitet sind, sich mit Schülern über Rechtsextremismus und Rassismus auseinanderzusetzen.“ Insgesamt seien Lehrer in ihrer Ausbildung zu wenig mit dem Thema konfrontiert, sofern sie nicht Gemeinschaftskunde unterrichteten. Auch fehle es an Weiterbildungsangeboten. So gebe es in Sachsen, wo der NDP mithilfe der Stimmen vor allem junger Männer 2009 der Wiedereinzug in den Landtag gelang, ein einziges Fortbildungsprogramm – und zwar nur für Geschichts- und Gemeinschaftskundelehrer. „Wichtig wäre eine schulinterne Fortbildung, in der alle Lehrkräfte wenigstens Grundkenntnisse erhalten über rechtsextremistische Symbole, Organisationsstrukturen oder die Frage, was rechtlich relevant ist“, sagte Stange. Die SPD-Politikerin plädierte zudem für mehr Schulsozialarbeiter als „Seismografen“.

„Man muss systematisch wichtige Projekte der Prävention identifizieren und sie nachhaltig finanzieren“, fordert der Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), Thomas Krüger. Die Bundeszentrale für politische Bildung unterstütze aus diesem Grund das Projekt „Online-Beratung gegen Rechtsextremismus“ als Anlaufstelle für Lehrer und Eltern.

Quelle: Tagesspiegel 03. Januar 2012

- **Die Online-Beratung gegen Rechtsextremismus und das Schul- und Leistungssportzentrum Berlin arbeiten künftig bei der Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zusammen.**

<http://www.online-beratung-gegen-rechtsextremismus.de/beispiele-aus-dem-alltag/familie.html>

- **Kampagne „Jugendschutz aktiv“ spricht Eltern und Fachleute an / Neues Servicebüro informiert bundesweit**

[...] Das Internetportal www.jugendschutz-aktiv.de stellt erstmalig hervorragende Projekte aus der Praxis vor und bietet die Möglichkeit für Austausch und Vernetzung. Darüber hinaus werden Informationen für Eltern, Fachleute, Erziehenden und Gewerbetreibende bereitgestellt.

Akteure des Jugendschutzes können sich zudem an das neu eingerichtete Servicebüro wenden. Das Büro unterstützt lokale Veranstaltungen mit Informationsmaterialien und organisiert Tagungen für Fachkräfte zum Austausch und zur Vernetzung. In diesem Jahr sollen außerdem auf einer bundesweiten Informationstour rund 20 Stadtfeste und Verbrauchermessen besucht werden. Dort vermittelt ein Team von Experten Wissenswertes rund um den Jugendschutz und beantwortet Fragen.

Weitere Informationen finden Sie unter www.bmfsfj.de und www.jugendschutz-aktiv.de.

Quelle: BMFSFJ Internetredaktion, Pressemitteilung Nr. 10/2012, veröffentlicht am 27. Januar 2012



Über Anregungen, Rückmeldungen und geeignete Veranstaltungshinweise für kommende Ausgaben unseres Newsletters freuen sich Esther-Marie Ullmann-Goertz (Redaktion) und A. Kremer (Layout und Verteiler). E-Mail: info@eaf-bund.de



Die Fachzeitschrift der eaf, die Familienpolitischen Informationen (FPI), erscheint sechs Mal jährlich. Sie kann bei der Bundesgeschäftsstelle (Einzelheft 1,70 € / Jahresabonnement 7,00 €) bestellt werden: <http://www.eaf-bund.de>.
Inhaltsverzeichnisse des laufenden Jahrgangs und Artikel vergangener Jahre können auf der Website der eaf eingesehen werden: <http://www.eaf-bund.de/newsletter.html>.



Weitere aktuelle Informationen, Texte, Stellungnahmen, Pressemitteilungen und Dokumentationen der eaf sind auf unserer Homepage <http://www.eaf-bund.de/> zu finden.